

### TOP 3.7.1 Ersteinschätzung Budget 2017

Budgetpolitik ist in Zahlen gegossene Wirtschaftspolitik. Sie muss deshalb nicht prioritär Überschüsse erzielen, sondern die öffentlichen Leistungen für die BürgerInnen, vom Gesundheitssystem über die Bildung bis zur öffentlichen Verkehrsinfrastruktur sichern und die hohe Arbeitslosigkeit mit allen Mitteln bekämpfen. Wenn die Budgetpolitik bei der Erreichung dieser Aufgaben erfolgreich ist, dann gelingt auch eine Reduktion der zu hohen Staatsschulden.

- Der Bundesvoranschlag 2017 setzt den **gesamtwirtschaftlich vernünftigen** und vorsichtigen **Kurswechsel** in der Budgetpolitik fort: Bis 2015 stand die Budgetkonsolidierung im Vordergrund, das strukturelle Budgetdefizit wurde von über 3 % des BIP auf einen geringfügigen Überschuss von ¼ % des BIP gedreht. Nun lösen Lohnsteuersenkung und FLAF-Beitragssenkung sowie zusätzliche Offensivmaßnahmen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik und der Integration **leicht expansive Budgeteffekte** aus. Dies ist **angesichts** des rekordhohen Niveaus der **Arbeitslosigkeit** gesamtwirtschaftlich **angemessen**.
- Die **wichtigste Herausforderung** der Wirtschaftspolitik in Österreich (und noch stärker in der EU) stellt die hohe **Arbeitslosigkeit** dar. **Mit der Ausweitung der Mittel** für Vermittlung und Qualifikation **könnte eine Trendwende** auf dem Arbeitsmarkt **gelingen**. Ein Rückgang der Arbeitslosigkeit wäre der größte politische Erfolg der Bundesregierung. Um ihn dauerhaft zu gewährleisten, müssten allerdings zusätzliche Maßnahmen in die Wege geleitet werden.
- Dazu zählt eine **Ausweitung des Spielraums für öffentliche Investitionen** (ua öffentlicher Verkehr, Bildungseinrichtungen, sozialer Wohnbau, Breitband- und Energienetze), die vor allem aufgrund der starken Zunahme der Bevölkerung in den Ballungszentren von hoher Dringlichkeit ist. Für 2017 ist eine merkliche Ausweitung der öffentlichen Investitionen des Bundes und ausgegliederter Einheiten vorgesehen (+800 Mio €); diese gilt es **mittelfristig abzusichern** und noch stärker in Richtung gesamtwirtschaftlich dringlicher Projekte zu entwickeln. Angesichts des hohen Bedarfs und der außerordentlich günstigen Finanzierungsbedingungen müssen die gesamtwirtschaftlich **unnötig engen Spielräume der EU-Fiskalregeln** zugunsten der Ermöglichung der Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen **gelockert werden**. Die Bundesregierung sollte sich dringend für eine koordinierte Ausweitung der öffentlichen Investitionen in der EU zugunsten der Verbesserung der Infrastruktur und der Schaffung von neuen Jobs einsetzen.
- **Bildungs- und Qualifizierungspolitik** benötigen **noch mehr Augenmerk** der Budgetpolitik, inklusive einer mittelfristigen budgetären Absicherung: Frühzeitige Investitionen in die Fähigkeiten sozial benachteiligter Kinder und in „Brennpunktschulen“ sind sozial dringend geboten und werfen auch besonders hohe gesamtwirtschaftliche Renditen ab. Ähnliches gilt für einen **weiteren Ausbau von Schul- und Fachhochschulplätze**, die rasche **Umsetzung der Ausbildungspflicht für alle Jugendlichen** (inklusive AsylwerberInnen).